

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 74. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 3. September 2009

1. Abgeordnete  
Ruth Leppla,  
Margit Mohr,  
Heiko Sippel und  
Thomas Wansch (SPD)

### Verhandlungen über einen Verkauf des Autobauers Opel

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der Verhandlungen zwischen GM und den potenziellen Vertragspartnern?
2. Welche Position nimmt die Landesregierung im Bieterwettstreit um Opel ein?
3. Welche Auswirkungen sind bei den vorgelegten Konzepten für die Standorte Kaiserslautern und Rüsselsheim und die in Rheinland-Pfalz wohnhaften Beschäftigten von Opel zu erwarten?
4. Wie bewertet die Landesregierung die von Bundesminister zu Guttenberg ins Spiel gebrachte Variante einer Insolvenz von Opel?

2. Abgeordnete  
Christian Baldauf und  
Alexander Licht (CDU)

### RIM – Finanzierung für die Fa. Mediinvest am Nürburgring

Wir fragen die Landesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt wurden das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium bzw. Mitglieder der Landesregierung erstmals über eine mögliche oder nötige Finanzierung der ISB oder der RIM für die Investitionen der Mediinvest am Nürburgring informiert?
2. Welche Institutionen oder Personen haben erstmals diese Finanzierungshilfe für Mediinvest erbeten oder vorgeschlagen?
3. Zu welchen Zeitpunkten hat die Fa. Mediinvest dem Finanzministerium oder dem Wirtschaftsministerium bzw. Mitgliedern der Landesregierung mitgeteilt, dass eine Fremdfinanzierung ihrer Investitionen am Nürburgring durch Geschäftsbanken gescheitert ist oder in der geplanten Weise nicht zustande kommt?
4. Welche Gründe waren für die Einzelschritte der über mehr als ein Jahr verteilten Aufstockung der RIM-Finanzierung für Mediinvest maßgeblich?

**3. Abgeordnete**  
**Günter Eymael und**  
**Uta Schellhaaß (FDP)**

**Geothermie als möglicher Auslöser für Erdbeben in Landau?**

In Landau hat vor wenigen Tagen ein Beben der Stärke 2,7 auf der Richter-Skala für einige Beunruhigung innerhalb der Bevölkerung gesorgt. Die Rheinpfalz berichtete in einer Meldung über einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Beben und der geothermischen Energiegewinnung in Landau.

Insbesondere wegen der geologischen Bedingungen in Rheinland-Pfalz, die einerseits die Nutzung von Geothermie vergleichsweise attraktiv gestalten, andererseits jedoch das potenzielle Risiko durch Beben aufgrund der Lage des Oberrheingrabens als eine der größten Verwerfungszonen in Mitteleuropa sowie den Vulkanismus in der Eifel erhöht ist, erscheint eine genaue Abwägung der Risiken und Folgen der Geothermienutzung in Rheinland-Pfalz notwendig.

Das Landesamt für Geologie und Bergbau und der Geschäftsführer des in Landau operierenden Geothermie-Kraftwerks äußern laut Presseberichten weit auseinanderliegende Erkenntnisse hinsichtlich des Epizentrums und einer möglichen Verantwortlichkeit der Geothermienutzung in Landau für das Auftreten des Bebens.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse über die geologischen Bedingungen und Risiken für die Bevölkerung an den in Rheinland-Pfalz für Geothermie in Frage kommenden Standorten sind der Landesregierung seit 2006 im Laufe der weiteren Erforschung bekannt geworden?
2. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung neben der Einrichtung einer Untersuchungskommission bislang getroffen, um weitere Erkenntnisse über mögliche Verbindungen zwischen Geothermienutzung und geologischen Risiken zu gewinnen und solche Risiken möglichst auszuschließen?
3. Gab bzw. gibt es nach Kenntnis der Landesregierung – bei gleichartiger oder vergleichbarer Verfahrenstechnik hinsichtlich des in Landau zur Anwendung kommenden Verfahrens – in anderen Ländern der Welt Erfahrungen hinsichtlich einer Verbindung zwischen Geothermie und Erdbeben?
4. Woher rührt der Dissens zwischen dem Landesamt für Geologie und Bergbau und der Geschäftsführung des Geothermie-Kraftwerks in Landau hinsichtlich des Epizentrums des vergangenen Bebens?

**4. Abgeordneter**  
**Hans-Josef Bracht (CDU)**

**Neubesetzung im Verwaltungsrat von Lotto Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum musste der ehemalige Umwelt- und Kulturstaatssekretär Härtel seinen Aufsichtsratsposten bei der Nürburgring GmbH räumen und steht dies im Zusammenhang mit der gescheiterten Privatfinanzierung des Ringausbaus?
2. Wer hat entschieden, dass der ehemalige Umwelt- und Kulturstaatssekretär Härtel die Nachfolge von Finanzminister Kühl im Verwaltungsrat von Lotto Rheinland-Pfalz übernimmt?
3. Wie war der ehemalige Umwelt- und Kulturstaatssekretär Härtel bisher mit Lotto Rheinland-Pfalz verbunden?

5. Abgeordnete  
David Langner,  
Margit Mohr und  
Alfons Maximini (SPD)

**„Aus“ für Atommüllendlager in Gorleben und Forderungen nach Laufzeitverlängerungen alter Atomkraftwerke – Konsequenzen für Rheinland-Pfalz**

Nach Presseberichten hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel das Scheitern des Konzepts für ein Atommüllendlager in Gorleben erklärt. Nach wie vor ist damit ungelöst, wie etwa der nahe an der rheinland-pfälzischen Landesgrenze im AKW Philippsburg und im AKW Biblis produzierte Atommüll sicher gelagert werden kann. Ein schwerer atomarer Unfall oder ein Terroranschlag auf ein Atomkraftwerk kann das Leben und die Gesundheit von hunderttausenden Menschen in Gefahr bringen und große Regionen dauerhaft unbewohnbar machen. In diesem Zusammenhang soll es nach Medienberichten auch aktuelle gutachterliche Erkenntnisse über unzureichende Sicherheitsstandards beim AKW Biblis geben. Nicht nur vor diesen Hintergründen kritisieren Naturschutzverbände, so der BUND in einem aktuellen Gutachten, die von einigen Stimmen geforderte Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken als unverantwortlich. Gerade mit Blick auf die ältesten und unsichersten Reaktoren setze man die Bevölkerung einem untragbaren Risiko aus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung das „Aus“ des Standorts Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle im Hinblick auf Rheinland-Pfalz?
2. Welche Alternativen stellen sich aus Sicht der Landesregierung auch im Hinblick auf den Atomausstieg?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Sicherheit der deutschen Atomkraftwerke gegenüber terroristischen Angriffen insbesondere in Bezug auf die beiden Blöcke Biblis und Philippsburg?
4. Wie bewertet die Landesregierung eine mögliche Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken in Bezug auf die rheinland-pfälzische Sicherheit und den Ausbau der erneuerbaren Energien?

6. Abgeordnete  
Anke Beilstein und  
Bettina Dickes (CDU)

**Schülerbeförderung in Rheinland-Pfalz**

Schülerinnen und Schüler, die eine gemeinsame Orientierungsstufe einer Kooperativen Gesamtschule besuchen, sind vom Eigenanteil an den Fahrtkosten befreit, da sie laut Landesregierung nicht einer bestimmten Schulart zuzuordnen sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Werden Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 an Kooperativen Gesamtschulen ebenfalls in allen Bildungsgängen von den Schülerbeförderungskosten befreit?
2. Gilt die Befreiung von den Schülerbeförderungskosten nur dann, wenn die Kooperative Gesamtschule näher am Wohnort als die nächste Realschule plus liegt?
3. Soll diese Regelung künftig auch auf Integrierte Gesamtschulen ausgeweitet werden, da auch dort eine Zuordnung zu einzelnen Bildungsgängen nicht möglich ist?
4. Wie viel Prozent der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen wurden in den vergangenen fünf Jahren vom Eigenanteil der Schülerbeförderungskosten befreit?

7. Abgeordnete  
Günter Eymael und  
Uta Schellhaaß (FDP)

### Quecksilber in Energiesparlampen

Nach dem 1. September 2009 tritt das aufgrund der Eco-Design-Richtlinie (2005/32/EG) in Deutschland durch das Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte umgesetzte Verbot für 100-Watt-Glühbirnen und andere Leuchtmittel in Kraft. Bis 2012 wird das Verbot dann auf alle Glühbirnen ausgeweitet. Nach der Intention der Richtlinie sollen dann flächendeckend nur noch Energiesparlampen verwendet werden, weshalb bereits von Vorratskäufen seitens der Verbraucherinnen und Verbraucher berichtet wurde.

Abgesehen davon, dass Experten die Auswirkungen der Umstellung auf Energiesparlampen auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß eher mit Zweifeln betrachten, enthält jede dieser Leuchten auch einen nicht unerheblichen Teil hochgiftigen Quecksilbers, der vor allem für Kinder, Schwangere und Tiere zu einer nicht zu unterschätzenden gesundheitlichen Gefahr werden kann. Dies ist vor allem der Fall, wenn eine Energiesparbirne zerbricht oder nicht sachgemäß entsorgt wird, da so das Quecksilber aufgenommen wird bzw. in den Umweltkreislauf gelangt.

Aufgrund der Gefahren durch Quecksilber ist die Entsorgung von Energiesparlampen im Hausmüll verboten und die Entsorgung als Sondermüll vorgeschrieben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Gefahren durch Quecksilber für Umwelt und Verbraucher ein und hält die Landesregierung die Verbraucherinnen und Verbraucher in Rheinland-Pfalz für ausreichend darüber informiert?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Umwelt und Verbraucher in Rheinland-Pfalz vor Gefahren zu schützen?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind im Hinblick auf die Umsetzung des Verbots sowie die Information und den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor gesundheitlichen Gefahren durch Quecksilber seitens der Landesregierung und der Kommunen notwendig?
4. Mit welchen anfänglichen und dauerhaften Kosten durch das Verbot rechnet die Landesregierung für Land, Kommunen, Wirtschaft und die Verbraucher in Rheinland-Pfalz, insbesondere bezüglich der Kontrolle des Verbots, der Kontrolle der ordnungsgemäßen Entsorgung, der Entsorgung selbst sowie Anschaffungs- und Umrüstkosten?

8. Abgeordnete  
Hannelore Klamm und  
Margit Mohr (SPD)

### Eingeschränkte Qualität der Briefzustellung durch die Deutsche Post AG an Montagen

Die Deutsche Post AG hatte im Frühsommer des Jahres angekündigt, die Briefzustellung an Montagen durch einen deutlich verringerten Einsatz von Briefzustellern einzuschränken. Über die Sommermonate war festzustellen, dass diese Ankündigung auch umgesetzt wurde. Hinzu kommt, dass Presseberichten gemäß Briefe langsamer zugestellt werden als zugesichert, wie eine Stichprobe ergeben habe. Im Landtag wurde durch Herrn Wirtschaftsminister Hering am 25. Juni 2009 angekündigt, dass die Landesregierung sich für eine dezidierte Untersuchung der Rechtskonformität dieser Änderungen in der Qualität der postalischen Dienstleistung bei der Bundesnetzagentur einsetzen wolle.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches Ergebnis hat die Untersuchung der Bundesnetzagentur hinsichtlich der eingeschränkten Briefzustellung seitens der Deutschen Post AG ergeben?
2. Welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus dieser Untersuchung hinsichtlich der für die nähere Zukunft zu erwartenden Qualität der Briefzustellung sowie der Grundversorgung mit Postdienstleistungen in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Konsequenzen hätte nach Einschätzung der Landesregierung eine an Montagen eingeschränkte Postzustellung nicht nur für Privatpersonen, sondern insbesondere für rheinland-pfälzische Unternehmen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung Presseberichte, denen zufolge die Deutsche Post AG bereits jetzt die von ihr zugesicherten Zustellungsfristen von Briefsendungen nicht realisieren kann?

**9. Abgeordnete****Dr. Peter Enders und  
Dorothea Schäfer (CDU)****Vorbereitung auf eine mögliche Grippe-Pandemie**

Vor dem Hintergrund von aktuellen Informationen über die Ausbreitung der sog. Schweinegrippe fragen wir die Landesregierung:

1. Inwiefern ist die Bevölkerung ausreichend hinsichtlich vorbeugenden Verhaltens und geeigneter Schutzvorkehrungen vor einer Grippe-Pandemie informiert?
2. Inwiefern sind die Gesundheitsbehörden ausreichend auf eine Grippe-Pandemie vorbereitet?
3. Inwiefern sind die Betriebe nach Kenntnis der Landesregierung ausreichend auf eine Grippe-Pandemie vorbereitet?
4. Inwieweit ist die ambulante und stationäre medizinische Versorgung ausreichend auf eine Grippe-Pandemie vorbereitet?

**10. Abgeordnete****Alexander Licht und  
Christian Baldauf (CDU)****ISB – Konsortialkredit für die Investitionen der Mediinvest**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Personen oder Institutionen haben die ISB veranlasst, gebeten, angewiesen oder gedrängt, sich um Konsortialkredite zur Finanzierung der Investitionen der Mediinvest zu bemühen?
2. Zu welchem jeweiligen Zeitpunkt stand fest, dass diese Bemühungen gescheitert sind?
3. Haben die zur Beteiligung an dem Konsortialkredit angesprochenen Banken gegenüber der ISB oder gegenüber Repräsentanten und Institutionen der Landesregierung Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Mediinvest oder Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Investitionsprogramms am Nürburgring geäußert?
4. Wenn ja, bezogen sich diese Zweifel auf das Gesamtkonzept für den Nürburgring oder nur auf die Investitionen der Mediinvest?

**11. Abgeordnete****Kathrin Anklam-Trapp,  
Monika Fink und  
Hannelore Klamm (SPD)****Verunreinigung von Rucolasalat mit gemeinem Greiskraut**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Verunreinigungen wurden in Rucolasalatpackungen in den letzten Wochen gefunden?
2. Wie stellt sich die aktuelle Situation der rheinland-pfälzischen Rucolaerzeuger vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte der letzten Wochen dar?
3. Welche Folgen hatte die teilweise falsche Bezeichnung der gefundenen Pflanzen als Jakobskreuzkraut und nicht als gemeines Greiskraut im Rahmen der Berichterstattung?
4. Welche Hilfen bietet die Landesregierung den rheinland-pfälzischen Verbrauchern und Landwirten an und welche konkreten Maßnahmen haben Landesregierung, Landwirte und Verbraucherschutzorganisationen ergriffen, um zukünftige Verunreinigungen zu vermeiden?

12. Abgeordneter  
Dr. Josef Rosenbauer  
(CDU)

### **Streichung der Vergütung des praktischen Jahres der Arztausbildung**

Nach einem aktuellen Beschluss haben sich die Universitätsmedizin Mainz und die Lehrkrankenhäuser in Rheinland-Pfalz ab dem 1. Januar 2010 dazu verpflichtet, keine direkten finanziellen Zuwendungen für Medizinstudenten im praktischen Jahr im Sinne einer Entlohnung zu bezahlen. Zudem soll die Höhe der in Sachwerten zu erbringenden Ersatzleistungen auf maximal 1000 € pro Tertial begrenzt werden. Verstöße von Lehrkrankenhäusern dagegen sollen geahndet werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Stimmt die Landesregierung der Auffassung zu, dass Medizinstudenten im praktischen Jahr in Krankenhäusern durch ihre Leistung das Klinikpersonal wesentlich entlasten und ihnen deshalb eine angemessene finanzielle Gegenleistung in Form einer Aufwandszuschuss gebührt, will man sie nicht als billige Arbeitskräfte ausnutzen?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung für den Standort Rheinland-Pfalz bei der Ausbildung medizinischen Nachwuchses im Zeichen des Ärztemangels durch die beschlossenen Maßnahmen?
3. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf Situation und Motivation der Medizinstudenten im praktischen Jahr in Rheinland-Pfalz?
4. Inwieweit erschließt sich der Landesregierung der von der Universitätsmedizin Mainz und den Lehrkrankenhäusern aufgestellte Zusammenhang zwischen der getroffenen Verpflichtung und der Sicherung der Qualität der Ausbildung im praktischen Jahr für Medizinstudenten?

13. Abgeordnete  
Heike Raab,  
Manfred Nink und  
Jens Guth (SPD)

### **Umsetzung der Konjunkturpakete in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung der vom Bund im Bereich Straßen im Rahmen der laufenden Programme (Mautmehreinnahmeprogramm, Konjunkturprogramme) vorgesehenen Maßnahmen?
2. Welche konkreten Einzelmaßnahmen sind vorgesehen?
3. Sind auch Maßnahmen zum Bau sog. Grünbrücken vorgesehen?
4. Welche Maßnahmen sind in den Bereichen Wasserstraßen und Schienenwege im Einzelnen vorgesehen?

14. Abgeordnete  
Hannelore Klamm und  
Margit Mohr (SPD)

### **Schließung bzw. Umwandlung von Postfilialen in Post-Agenturen in Rheinland-Pfalz**

Wie Presseberichten zu entnehmen war, plant die Deutsche Post AG, sich bundesweit von ihren letzten 500 Filialen zu trennen, die mit eigenem Personal betrieben werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Inwiefern ist die Deutsche Post AG verpflichtet, stationäre Einrichtungen, also Postfilialen, mit eigenem Personal zu betreiben bzw. bis zu welchem Ausmaß ist es rechtlich zulässig, dass sie sich hier externer dritter Partner bedienen?
2. Wie hat sich die Zahl der stationären Einrichtungen in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren entwickelt und an wie vielen Orten gibt es nach Kenntnis der Landesregierung keine Postfilialen mehr, weil sich aufgrund zu schlechter Konditionen kein Agenturnehmer fand?
3. Welche Erfahrungen wurden unter dem Gesichtspunkt eines adäquaten Filialersatzes mit dem Mobilien Postservice (MOPS) in der Fläche in Rheinland-Pfalz gemacht?
4. Werden die rechtlichen Anforderungen an die Grundversorgung der Bevölkerung mit stationären postalischen Einrichtungen vor diesem Hintergrund weiterhin erfüllt und wie wird die diesbezügliche weitere Entwicklung durch die Landesregierung eingeschätzt?

**15. Abgeordnete****Christine Schneider und  
Dorothea Schäfer (CDU)****Hektarhöchsttragsregelung**

Am 24. Juli 2009 hat Minister Hering die notwendigen Schritte zur Anpassung des Landesrechts an die Vorgaben der Europäischen Weinmarktreform noch für diesen Jahrgang angekündigt. Die Hektarhöchsttragsgrenze, der Gesamtalkoholgehalt bei Dornfelder und die Schaffung des Landweingebietes „Rhein“ sollen in einer Verordnung geregelt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann tritt die Verordnung in Kraft?
2. Wird die Verordnung rückwirkend in Kraft treten?
3. Was wird konkret in der Verordnung geregelt?
4. Welcher Hektarhöchsttragsmenge unterliegt Federweißer/neuer Wein mit und ohne Herkunftsangabe?

**16. Abgeordnete****Bettina Dickes und  
Josef Keller (CDU)****Lernmittelgutscheine in Rheinland-Pfalz**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele rheinland-pfälzische Familien beantragten in den vergangenen zwei Jahren erfolgreich bzw. nicht erfolgreich die Zuteilung von Lernmittelgutscheinen?
2. Wie viel Prozent der zugeteilten Lernmittelgutscheine betragen 100 % der festgelegten Pauschalbeträge?
3. Inwieweit sieht die Landesregierung einen Spielraum zur mittelfristigen Einführung einer generellen Lernmittelfreiheit?
4. Wie erklärt die Landesregierung, dass Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland ist, das seinen Familien bisher keine Lernmittelausleihe anbietet?

**17. Abgeordnete****Dorothea Schäfer (CDU)****Jakobskreuzkraut in Rucolasalat**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Verunsicherung der Verbraucherinnen und Verbraucher vor dem Hintergrund der tatsächlichen Gefährdung durch gefundenes Jakobskreuzkraut in Rucolasalat in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den entstandenen Schaden für die landwirtschaftlichen Erzeuger in Rheinland-Pfalz?
3. Wie wird die Lebensmittelkontrolle auf die Situation reagieren?
4. Was wird die Landesregierung zur besseren Information der Verbraucherinnen und Verbraucher unternehmen?

**18. Abgeordnete****Bettina Dickes und  
Brigitte Hayn (CDU)****Drohender Erzieherinnenmangel an rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten**

Eine Große Anfrage der CDU-Fraktion (Drucksache 15/3357) hat ergeben, dass die Zahl der Absolventinnen an Erzieherinnenschulen in den vergangenen Jahren signifikant gesunken ist.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gründe liegen der Landesregierung für die Schließung zweier Erzieherinnenschulen in Speyer und Koblenz vor?
2. Wie erklärt die Landesregierung den dramatischen Einbruch der Absolventenzahlen an rheinland-pfälzischen Erzieherinnenschulen?
3. In welchen Bereichen sieht die Landesregierung Versäumnisse in der Nachwuchsförderung von künftigen Erzieherinnen?
4. Welche Strategie verfolgt die Landesregierung angesichts des Ausbaus der Betreuung für unter Dreijährige zur Gewinnung von gut qualifizierten Erzieherinnen?

**19. Abgeordnete****Simone Huth-Haage und  
Bettina Dickes (CDU)****Bildungsmonitor 2009 des Instituts für Neue Soziale Marktwirtschaft**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Habilitations- und Promotionszahlen sowie die eingeworbenen Drittmittel in Rheinland-Pfalz seit dem Untersuchungszeitraum der Studie im Jahr 2007 bis heute im Bundesvergleich entwickelt?
2. Wie hat sich die Quote der Kinder und Jugendlichen in Ganztagschulen bzw. in Ganztagsbetreuung der Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz seit dem Untersuchungszeitraum der Studie im Jahr 2007 bis heute im Bundesvergleich entwickelt?
3. Auf welchen Gebieten sieht die Landesregierung Versäumnisse in der Hochschulpolitik hinsichtlich der anhaltenden Forschungsschwäche der rheinland-pfälzischen Hochschulen?
4. Inwieweit wird die Landesregierung ihre Strategie zum Ausbau der Ganztagsbetreuung bzw. der Ganztagschulen angesichts der bundesweit unterdurchschnittlichen Zahlen verändern?

**20. Abgeordneter****Hans-Josef Bracht (CDU)****Einzelhandelsansiedlung am Flughafen Hahn**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie weit sind die Pläne einer Einkaufs- und Erlebniswelt am Flughafen Hahn gediehen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die von der Industrie- und Handelskammer Koblenz befürchtete Wettbewerbsverzerrung gegenüber dem Einzelhandel in der Region durch eine Einkaufs- und Erlebniswelt am Hahn?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik der IHK Koblenz, wonach ein klares Entwicklungskonzept für die Region fehlt und deshalb die IHK ein unabhängiges Gutachten zu den Möglichkeiten einer regionalverträglichen Entwicklung insbesondere des Einzelhandels am Flughafen Frankfurt Hahn bei einem Expertenbüro in Auftrag gegeben hat?

**21. Abgeordneter****Gerd Schreiner (CDU)****Authentizität der Arp-Kunstsammlung des Landes**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die am 13. und 15. August 2009 im Rheinischen Merkur und in der Rhein-Zeitung erschienenen kritischen Artikel zur Authentizität der Arp-Kunstsammlung des Landes?
2. Wird die Landesregierung die in diesen Artikeln wiedergegebenen Erkenntnisse zum Anlass für eine Überprüfung der Authentizität der Arp-Kunstsammlung des Landes nehmen?